
SCHUMACHER
Rechtsanwältin

Prozessvollmacht

SCHUMACHER
Rechtsanwältin
Am Elsenpesch 11
41189 Mönchengladbach

wird in Sachen /.....

wegen

Prozessvollmacht gemäß § 81 ff ZPO, §§302, 374 StPO, § 67 VwGO und § 73 SGG erteilt

Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

1. Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen und Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, insbesondere Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen;
2. Gegennahme von Zustellungen und sonstigen Mitteilungen, Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Widerklagen – auch in Ehesachen;
3. Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis;
4. Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherer und Akteneinsicht;
5. Empfangnahme und Freigabe von Geld, Wertsachen, Urkunden und Sicherheiten, insbesondere des Streitgegenstandes, von Kautionen, Entschädigungen und de vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und notwendigen Auslagen;
6. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere;
7. Verteidigung und Vertretung in Bußgeldsachen und Strafsachen in allen Instanzen, auch für den Fall der Abwesenheit sowie auch als Nebenkläger, Vertretung gemäß § 411 Abs. 2 StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gemäß § 233 Abs. 1 StPO. Vertretung in sämtlichen Strafvollzugsangelegenheiten;
8. Strafanträge zu stellen und zurückzunehmen sowie die Zustimmung gemäß §§ 153 und 153 a StPO zu erteilen;
9. Entschädigungsanträge nach dem StrEG zu stellen;
10. Vertretung vor den Familiengerichten gemäß § 78 ZPO sowie Abschluss von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen und Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- und sonstigen Versorgungsauskünften;

SCHUMACHER

Rechtsanwältin

11. Vertretung vor den Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten sowie deren Vorverfahren;
12. Vertretung vor den Arbeitsgerichten;
13. Vertretung im Insolvenz- oder Vergleichsverfahren über das Vermögen des Gegners und in Freigabeprozessen sowie Nebenintervenient;
14. Alle Nebenverfahren, z.B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung und Hinterlegungsverfahren.

Vollmachten gemäß § 141 Abs. 3 ZPO mit der Ermächtigung zur Abgabe der gebotenen Erklärungen, insbesondere zum Abschluss eines Vergleichs. Konkret umfasst die Vollmacht alle Bereiche der Verbraucherinsolvenz und die Durchführung des gerichtlichen Insolvenzverfahrens.

Kostenerstattungsansprüche und sonstige Ansprüche des Auftraggebers gegenüber dem Gegner, der Justizkasse oder anderen erstattungspflichtigen Dritten werden in Höhe der Kostenansprüche der beauftragten Anwälte an diese abgetreten. Der Bevollmächtigte ist berechtigt, die Abtretung im Namen des Auftraggebers dem Zahlungspflichtigen anzuzeigen. Mehrere Vollmachtgeber haften gesamtschuldnerisch.

Der mit der Vollstreckung beauftragte Obergerichtsvollzieher wird gebeten, die eingezogenen Beträge an die Bevollmächtigten auszuzahlen.

Der Vollmachtgeber erklärt, dass die von ihm zu entrichtenden Gebühren legal erworben oder erwirtschaftet wurden.

Ort, Datum

Unterschrift

Merkblatt zur Erfüllung der Informationspflichten bei Mandatsbeginn

Hinweise zur Datenverarbeitung

Sehr geehrte Mandantin, sehr geehrter Mandant,

auch in den Anwaltskanzleien hat seit langem die moderne Informationstechnologie Einzug gehalten.

Damit wir zügig, erfolgreich und auf dem neuesten Stand der Technik für Sie tätig werden können, sind die Erhebung und Verarbeitung bestimmter persönlicher (also personenbezogener) Daten erforderlich.

Wir geben Ihnen hierzu die nachfolgenden Hinweise und dürfen Sie schon jetzt bitten, uns bei Fragen und/oder Bedenken jederzeit persönlich anzusprechen.

Im Einzelnen gilt - unter Berücksichtigung der neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) - Folgendes:

1. Name und Kontaktdaten des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen und des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Verantwortlich für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten i.S. der Datenschutz-Grundverordnung der EU (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-2018) ist die

Die Rechtsanwaltskammer Düsseldorf stellt die folgenden Informationen nach bestem Wissen und Gewissen zur Verfügung. Bitte haben Sie jedoch Verständnis dafür, dass eine Haftung für die Inhalte nicht übernommen werden kann.

Samirah Schumacher
Bendhecker Str. 64
41236 Mönchengladbach
Telefon: 015776139414
E-Mail: kanzlei-schumacher@outlook.de

2. Allgemeine Hinweise

Wir verwenden Ihre Daten unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

Nachfolgend werden Sie darüber informiert, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen erheben und speichern. Außerdem erhalten Sie Informationen darüber, wie und wozu Ihre Daten verwendet werden und welche Rechte Ihnen im Hinblick auf die Verwendung Ihrer Daten zustehen.

3. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck ihrer Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Daten:

- Ihren Vornamen und Nachnamen nebst Anrede (Herr/Frau)
- Ihre Anschrift
- Ihre Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Ihre persönliche E-Mail-Adresse
- alle Informationen, die für Ihre Beratung und die Durchsetzung und/oder Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten/unsere Mandantin identifizieren zu können
- um mit Ihnen korrespondieren und/oder sonst in Kontakt treten zu können
- um Sie verantwortungsvoll und erfolgreich anwaltlich beraten und vertreten zu können
- um bei Ihrer Rechtsschutzversicherung (soweit vorhanden) eine Deckungszusage einholen zu können
- um ggf. einen PKH- oder VKH-Antrag für Sie stellen zu können
- zur Rechnungsstellung
- um eventuelle Haftungsansprüche Ihrerseits gegen uns abwickeln zu können
- um etwaige (Zahlungs-)Ansprüche unsererseits gegen Sie verfolgen und durchsetzen zu können
- zur Durchführung einer wirksamen Kollisionskontrolle.

Die Datenverarbeitung erfolgt aufgrund unserer Beauftragung durch Sie bzw. aufgrund Ihrer Anfrage. Sie ist zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beiderseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO).

Ihre Daten werden sowohl digital (in unserem Dokumentenmanagementsystem - DMS) als auch in Papierform gespeichert bzw. gesammelt.

Die von uns im Rahmen der Mandatierung erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht, die sich für Rechtsanwälte aus § 50 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) ergibt (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde), gespeichert bzw. aufbewahrt und danach gelöscht bzw. vernichtet. Etwas anderes gilt nur, sofern wir aufgrund sonstiger gesetzlicher Bestimmungen (z.B. der Abgabenordnung, des Geldwäschegesetzes etc.) zu einer längeren Speicherung/Aufbewahrung verpflichtet sind (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DS-GVO), und/oder Sie -

etwa im Hinblick auf eine spätere Fortsetzung unserer Mandatsbeziehung - in eine längerfristige Speicherung/Aufbewahrung Ihrer Daten eingewilligt bzw. uns zu einer solchen aufgefordert haben (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DS-GVO).

Nach Beendigung der Aufbewahrungsfrist lassen wir Ihre in Papierform vorhandene (Hand-)Akte unter Wahrung jeglicher Vertraulichkeit durch das zertifizierte Unternehmen XY in verschlossenen Behältern abholen und anschließend vernichten.

4. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken erfolgt grundsätzlich nicht.

Die Datenweitergabe erfolgt nur, soweit dies für die ordnungsgemäße Abwicklung des Mandatsverhältnisses mit Ihnen erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO).

Das betrifft insbesondere die Weitergabe von Daten und Informationen an (Verfahrens-)Gegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) so- wie an Gerichte und/oder andere öffentliche Stellen zum Zweck der Durchsetzung und/oder Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem jeweiligen Empfänger ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Selbstverständlich erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Ihrem wohlverstandenen Interesse und in Absprache mit Ihnen. Näheres ergibt sich aus der von Ihnen unterzeichneten Vollmacht und ggf. aus einem gesondert geschlossenen Mandatsvertrag.

Diejenigen Mitarbeiter unserer Kanzlei, die mit Ihren Daten in Kontakt gelangen, unterliegen wie wir selbst einer strengen Verschwiegenheitsverpflichtung, deren Einhaltung wir ständig überwachen. Auch sonstige Personen, mit denen wir zusammenarbeiten und die in Kontakt mit Ihren Daten gelangen oder gelangen könnten, wurden oder werden von uns schriftlich zur Verschwiegenheit verpflichtet und machen sich - worauf sie ebenfalls ausdrücklich hingewiesen wurden oder werden - im Fall eines Verstoßes selbst strafbar.

5. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht,

- gem. Art. 7 Abs. 3 DS-GVO Ihre einmal erteilte Einwilligung uns gegen- über jederzeit zu widerrufen

Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer vorherigen Einwilligung erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf hat nur zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.

- gem. Art. 15 DS-GVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen

Insbesondere können Sie Auskunft verlangen über

- die Verarbeitungszwecke
- die Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden oder wurden
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt werden oder wurden
- die geplante Speicherdauer
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung oder eines Widerspruchsrechts
- das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde
- die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden
- das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung, einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für Sie.
- gem. Art. 16 DS-GVO unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten oder die Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern diese unvollständig sind
- gem. Art. 17 DS-GVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen

Dies gilt nicht, soweit die Verarbeitung Ihrer Daten erforderlich ist

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit
- für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

- gem. Art. 18 DS-GVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen

Dies gilt, soweit

- die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber die Löschung der Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Datennutzung verlangen
- wir die Daten nicht länger benötigen, Sie jedoch die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen
- Sie gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.

- gem. Art. 20 DS-GVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen
- gem. Art. 77 DS-GVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren

In der Regel können Sie sich hierbei an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

6. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gem. Art. 21 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Falls Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen wollen, richten Sie bitte eine entsprechende E-Mail an kanzlei-schumacher@outlook.de.

Gelesen und einverstanden

Mönchengladbach, den

Unterschrift Mandant